



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00590**
Datum: 06.11.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Yana Mark
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.11.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Freien Demokraten zum Schutz des jüdischen Friedhofs

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund des versuchten Anschlages auf die Synagoge und den jüdischen Friedhof im Paulusviertel und einer damit einhergehenden veränderten Sicherheitslage fordern wir die Verwaltung auf zu prüfen, welche baulichen Möglichkeiten es gibt den neuen jüdischen Friedhof durch einen massiven Zaun oder eine Mauer aktiv vor Sachbeschädigungen oder anderen Angriffen zu schützen. Auch andere mögliche Sicherheitsmaßnahmen sollen geprüft werden und im ersten Quartal 2020 als Grundlage für weiteres Vorgehen vorgelegt werden.

gez.
Yana Mark
Freie Demokraten

Begründung:

Der neue, aktive jüdische Friedhof auf dem Gelände des Gertraudenfriedhofs wird – anders, als der Friedhof im Paulusviertel – noch heute für Bestattungen genutzt und ist damit zentral für das jüdische Leben in Halle. Leider ist er lediglich mit einem einfachen Maschendrahtzaun und einem leichten Tor zur Straßenseite hin geschützt. Weitere Sicherheitsanlagen und -vorkehrungen gibt es auf dem Gelände nicht. Es ist daher geboten zum Schutze des jüdischen Lebens in Halle, zusätzliche – die historische Bausubstanz nicht in Mitleidenschaft ziehende – Sicherungsmaßnahmen schnellstmöglich umzusetzen.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt

19. November 2019

Sitzung des Stadtrates am 27.11.2019

Antrag der Fraktion Freie Demokraten zum Schutz des jüdischen Friedhofes

Vorlagen-Nr.: VII/2019/00590

TOP: 9.8

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag wegen fehlender Zuständigkeit des Stadtrates von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründung:

Der Antrag ist nicht zulässig.

Die Abstimmung der Sicherheitslage vor dem Jüdischen Friedhof – in jeglicher Form – gehört zur Gefahrenabwehr und erfolgt in Abstimmung mit dem Staatsschutz, dem Ministerium des Innern, der Polizei und der Jüdischen Gemeinde.

René Rebenstorf
Beigeordneter